

## Antrag A4002: Außenpolitische Geisterfahrt beenden: Europas Antwort auf Systemrivale China

Antragsteller/in: FDP BV Westf.-West

Der Bundesparteitag möge beschließen:

### 1 Außenpolitische Geisterfahrt beenden: Europas

### 2 Antwort auf Systemrivale China

3 In den letzten Jahrzehnten erfuhr die Volksrepublik China ein weltweit  
4 beispielloses wirtschaftliches Wachstum. Als Freie Demokraten begrüßen wir  
5 es, dass Millionen von Chinesen auf diese Art und Weise den Weg aus der  
6 Armut finden konnten und weiterhin finden werden.

7 Dennoch müssen wir auch 20 Jahre nach dem Beitritt Chinas zur  
8 Welthandelsorganisation feststellen, dass das Land in puncto Marktöffnung  
9 nicht nennenswert vorangekommen ist. Viel mehr noch hat das  
10 Jahrhundertprojekt der "Neuen Seidenstraße" den Anspruch, neben der  
11 Stärkung des globalen und wirtschaftlichen Einflusses, das politische  
12 System Chinas in all seinen Facetten und mit all seinen Werten weltweit zu  
13 etablieren. Mit der "One Belt, One Road"-Initiative hat die Volksrepublik  
14 China den Anspruch, zum ersten Mal seit Ende des Kalten Krieges eine neue  
15 ideologische Alternative zu Demokratie, Marktwirtschaft und  
16 Rechtsstaatlichkeit weltweit zu etablieren – auf kurz oder lang wird sich  
17 Europa diesem Systemkampf stellen müssen.

18 Wir Freie Demokraten konstatieren, dass weder die Bundesrepublik  
19 Deutschland noch die Europäische Union bisher eine ausreichende, geschweige  
20 denn umfangreiche Antwort auf Chinas Ansprüche liefert. Wollen wir aber  
21 auch zukünftig die liberale Welt mit Demokratie, Marktwirtschaft und  
22 Rechtsstaatlichkeit stärken, ist eine klare außenpolitische Haltung zu  
23 China notwendig.

24 Wir Freie Demokraten fordern deswegen:

### 25 1. Ein geeintes Europa als Antwort auf China

26 Weder die Europäische Union noch die einzelnen Mitgliedstaaten sind ohne  
27 völlige Einheit gegenüber China ein Gesprächspartner auf Augenhöhe.

28 Insbesondere bilaterale und subregionale Frameworks der Zusammenarbeit, wie  
29 das vom chinesischen Außenministerium ins Leben gerufene 17+1-Format, haben

30 eine Pflicht, sich nicht nur an europäische Gesetze und Regeln zu halten,  
31 sondern auch, zur Wahrung gesamteuropäischer Interessen, ausschließlich in  
32 Abstimmung mit den anderen Mitgliedstaaten sowie der europäischen  
33 Kommission Abkommen zu schließen. Ein solches Verhalten wird ebenfalls zur  
34 Transparenz und Akzeptanz der gegenseitigen Interessen beitragen.

## 35 **2. The New Great Game - Eine Europäische** 36 **Konnektivitätsstrategie**

37 Die "One Belt, One Road"-Initiative der Volksrepublik China ist das  
38 ambitionierteste Infrastrukturprojekt des 21. Jahrhunderts. Mit Hilfe  
39 dieser Initiative hat Xi Jinping den Anspruch, China zu nicht weniger als  
40 dem neuen Zentrum der Welt zu machen. Das nach außen kommunizierte "Win-  
41 Win-Projekt für alle" nimmt schon jetzt global massiven Einfluss auf die  
42 politische Lage.

43 Auf dem europäischen Kontinent hat China mit dem Hafen in Piräus den  
44 einzigen Tiefwasserhafen zwischen Sueskanal und Bosporus gekauft. Nicht nur  
45 geographisch gesehen war der Kauf ein Coup für China: Die Investitionen  
46 führten dazu, dass Griechenland gegen eine Abgabe eines gemeinsamen  
47 europäischen Statements zur Menschenrechtslage in China im UN-  
48 Menschenrechtsrat stimmte.

49 Die politischen Zugeständnisse werden oftmals über eine beispiellose  
50 finanzielle Abhängigkeit geschaffen, wie etwa das Beispiel Laos offenbart.  
51 Die kaum rückzahlbaren Kredite chinesischer Banken werden durch politische  
52 Gefälligkeiten getilgt. So hält der Staat Laos China im Kreise der ASEAN-  
53 Staaten schon jetzt den Rücken frei, wenn es um zweifelhafte  
54 Besitzansprüche im Südchinesischen Meer geht.

55 Die wenigen Beispiele verdeutlichen, dass eine europäische Alternative zur  
56 OBOR-Initiative von dringender Notwendigkeit ist. Hierzu bedarf es einer  
57 europäischen Konnektivitätsstrategie, die an klaren Standards orientiert  
58 ist. Eine solche Strategie verfolgt einerseits das Ziel, den europäischen  
59 Kontinent noch näher zusammenzubringen, andererseits muss sie den  
60 europäischen Ansatz für eine nachhaltige Konnektivität weltweit etablieren.

61 Folgende, sich in diesem Antrag nicht notwendigerweise erschöpfende,  
62 Maßnahmen sollten in einer europäischen Konnektivitätsstrategie unbedingt  
63 berücksichtigt werden:

- 64 • Schaffung neuer Verkehrsverbindungen über Europa bis nach Asien und  
65 Afrika
- 66 • Ausbau der digitalen Netze weltweit
- 67 • Ein Handlungskonzept für Zentralasien

68 • Zielgerichtete Investitionen in den Chancenkontinent Afrika

69 • Die Schaffung weiterer Freihandelszonen weltweit

70 Die europäische Strategie muss sich in ihren Charakteristika entscheidend

71 von der chinesischen OBOR-Initiative unterscheiden. Intransparente

72 Auftragsvergabeverfahren und den Einsatz von ausschließlich nicht-

73 heimischen Arbeitskräften lehnen wir deswegen entschieden ab.

### 74 **3. Europäische Investitionskontrolle**

75 Wir begrüßen die Einführung der europäischen, sowie die Verschärfung der

76 deutschen Investitionskontrolle zur Bewahrung kritischer Inputs, kritischer

77 Technologie sowie kritischer Infrastruktur. Eine weitere europäische

78 Vereinheitlichung des FDI-Screenings ist zum effektiven Schutz vor

79 Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit unabdingbar. Die

80 eingeführte Meldepflicht für Mitgliedsstaaten sowie die Kontrolle durch die

81 europäische Kommission sind ein erster Schritt, mittelfristig muss die

82 Prüfungsbefugnis der Kommission auch die Beschränkung und Untersagung von

83 Investitionen beinhalten.

### 84 **4. Kein Ausverkauf der Infrastruktur**

85 Der Ausbau des 5G-Mobilfunknetzes durch chinesische Firmen wie Huawei ist

86 abzulehnen. Deutschland darf sich nicht durch den Ausverkauf von

87 Infrastruktur in eine Abhängigkeit zu China begeben. Wie weit die

88 Abhängigkeiten reichen, wenn ein Staat elementar wichtige Infrastruktur an

89 China verkauft, ist am Beispiel Griechenlands ersichtlich: China hält

90 mittlerweile hohe Anteile am griechischen Stromnetz und zudem den Hafen

91 Piräus in Staatshand. Griechenland fällt es in der Folge immer schwerer,

92 sich bei gemeinsamen europäischen Entscheidungen gegen den chinesischen

93 Staat zu wenden.

### 94 **5. Erzwungene Technologietransfers beenden**

95 Neben dem Schutz kritischer Technologien durch effektive

96 Investitionskontrolle innerhalb des Unionsgebiets muss die europäische

97 Union weiterhin konsequent gegen WTO-Regelverstöße der Volksrepublik

98 vorgehen. Erzwungene Technologietransfers als Voraussetzung für den

99 Eintritt in den chinesischen Markt stellen nicht nur eine Bedrohung für die

100 zukünftige Wettbewerbsfähigkeit europäischer Firmen dar, sondern

101 unterstützen im Rahmen von Dual-Use-Technologien auch den chinesischen

102 Sicherheits- und Militärapparat. Die eingeschränkte Vertragsfreiheit,

103 unzulängliche Transparenz und mangelhafte Investitions- und

104 Rechtssicherheit sind Gift für den Schutz geistigen Eigentums. Weiterhin  
105 fordern wir die Aufhebung des "Joint-Venture-Zwangs" für  
106 Schlüsselindustrien.

## 107 **6. Internationale Gewässer schützen**

108 Fast ein Drittel des internationalen Handelsvolumens passiert das  
109 Südchinesische Meer, wodurch sowohl der de jure als auch der de facto  
110 Erhalt des Meeres als internationales Gewässer von vitalem Interesse ist.  
111 Wir unterstützen deswegen ausdrücklich die Bemühungen der Vereinigten  
112 Staaten von Amerika, die internationalen Gewässer im Südchinesischen Meer  
113 sowie die internationale Schifffahrt durch militärische Präsenz vor der  
114 Vereinnahmung Chinas zu schützen. Deutschland sowie die Europäische Union  
115 sollen zwischen den Mitgliedsstaaten der ASEAN für eine gemeinsame  
116 Positionierung bezüglich der Territorialansprüche im Südchinesischen Meer  
117 vermitteln.

## 118 **7. Abschaffung der Entwicklungshilfe für China**

119 Trotz des rasanten wirtschaftlichen Aufstiegs und dem Status als Staat mit  
120 der größten Kaufkraft weltweit ist die Volksrepublik China immer noch  
121 Empfänger deutscher Entwicklungshilfe. Wir finden: Das Geld inklusive  
122 seiner günstigen Kreditvergaben wäre woanders besser investiert. Wir Freie  
123 Demokraten setzen uns deswegen für eine vollkommene Abschaffung der  
124 Entwicklungshilfe für China ein.

## 125 **8. Keine Toleranz der Intoleranz**

126 Die Menschenrechtsslage in Tibet und Xinjiang ist nach Einschätzung  
127 weltweiter Experten katastrophal. Kritischen Stimmen und Berichterstattung  
128 wird durch Einreiseverweigerung in die genannten Regionen aber ein Riegel  
129 vorgeschoben. Nach dem Prinzip der diplomatischen Gegenseitigkeit wollen  
130 wir jenen chinesischen Funktionären die Einreise in die Europäische Union  
131 verweigern, die EU-Diplomaten, Journalisten, Menschenrechtlern und NGOs den  
132 Zugang zu Tibet und Xinjiang verwehren. Hier muss die Europäische Union  
133 klar nach dem Prinzip "keine Toleranz der Intoleranz" handeln.

## 134 **9. Unterstützung der Zivilgesellschaft in Hongkong**

135 Die massiven Proteste der letzten Wochen und Monate bezüglich des geplanten  
136 Auslieferungsgesetzes an China in Hongkong zeigen, mit welchen starken  
137 Spannungen zwischen der Volksrepublik China und der Sonderverwaltungszone  
138 Hongkong auf Jahre hinaus zu rechnen ist.  
139 Für uns Freie Demokraten ist dabei klar, dass wir hinter der

140 Zivilbevölkerung Hongkongs stehen und das Streben nach Demokratie,  
141 Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit unterstützen. Wir verurteilen  
142 jegliche Eingriffe Chinas in die Presse-, Meinungs- und  
143 Demonstrationsfreiheit und solidarisieren uns mit den Demonstrierenden in  
144 Hongkong. Ihre Forderungen, den Entwurf des Auslieferungsgesetzes  
145 zurückzuziehen, freie Wahlen in Hongkong stattfinden zu lassen und der  
146 Achtung aller weiteren in der "Basic Law" garantierten Grundrechte sind  
147 berechtigt. Gemäß der Sino-British Joint Declaration stellen sie eine  
148 völkerrechtliche Verpflichtung der Volksrepublik China dar. Die  
149 internationale Gemeinschaft muss aus diesem Grund auf die Einhaltung jener  
150 völkerrechtlichen Verpflichtung pochen.

151 Zudem fordern wir auf UN-Ebene eine lückenlose und transparente Aufklärung  
152 der gewaltsamen Niederschlagungen von Demonstrationen. In diesem  
153 Zusammenhang muss ebenfalls geklärt werden, ob China durch Polizisten und  
154 V-Männer vor Ort Demonstranten blutig niedergeschlagen hat.

#### 155 **10. Bekenntnis zu Taiwan**

156 Wir Freie Demokraten fordern die Bundesregierung auf, sich international  
157 dafür einzusetzen, die Mitwirkung Taiwans in der WHO wieder zu ermöglichen.  
158 Ferner setzen wir uns ein für eine weitere Vertiefung der Beziehungen über  
159 transnationale Organisationen und der Kooperationen in Forschung und  
160 Wissenschaft.

### **Begründung**

Erfolgt mündlich.